

NIEDERSCHRIFT Schul/010/2007

über die Sitzung **des Schul- und Sportausschusses der Stadt Billerbeck** am
01.03.2007 im **Sitzungssaal des Rathauses**.

Vorsitzender:

Herr Hans-Jürgen Dittrich

Ausschussmitglieder:

Herr Bernhard Kortmann
Herr Willi Krause
Herr Bernhard Faltmann

Vertretung für Herrn
Hermann-Josef Men-
ting

Herr Martin Pfeiffer
Herr Thomas Tauber

Sachkundige Bürger gem. § 58 Abs. 3 GO NW:

Herr Jürgen Hövener
Frau Ursula Kratz

Sachkundige Bürgerin gem. § 58 Abs. 1 Satz 7 GO NW:

Frau Maggie Rawe

Beratende Mitglieder gemäß § 85 Abs. 2 Schulgesetz:

Herr Dirk Eikmeyer
Frau Mechthild Gaußelmann
Herr Berthold Grimm
Herr Hans-Bernd Serries

Entschuldigt fehlt:

Frau Margarete Köhler

Von der Verwaltung:

Frau Marion Dirks
Herr Hubertus Messing
Herr Gerd Mollenhauer

:

Frau Birgit Freickmann

Schriftführerin

Beginn der Sitzung:

18:00 Uhr

Ende der Sitzung:

19:25 Uhr

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. Einrichtung der Ganztagshauptschule in Billerbeck

Herr Mollenhauer berichtet, dass er die die Erteilung der Baugenehmigung in den nächsten Tagen erwarte. Die Ausschreibung von 9 Gewerken laufe zurzeit, die Submission finde in der nächsten Woche statt. In der nächsten Sitzung des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses am 20. März 2007 stünden die Auftragsvergaben auf der Tagesordnung. Danach werde die technische Ausrüstung ausgeschrieben, die Vergaben sollen bis Ende April erfolgen. Die Anbauarbeiten sollen am 4. April 2007 begonnen werden. Der Bauzeitenplan werde mit der Hauptschule abgestimmt. Selbstverständlich werde bei den Arbeiten Rücksicht auf die prüfungsrelevanten Zeiten genommen.

Herr Tauber erkundigt sich, ob die inzwischen durchgeführte Brandschutzsimulation so positiv verlaufen sei, wie angenommen.

Herr Mollenhauer teilt mit, dass auf die F 30 Verglasung zu den Fluren verzichtet werden könne und die Fenster zu den Klassenräumen keine besonderen Anforderungen erfüllen müssten. Fraglich sei noch, ob nach Abschluss der Maßnahmen noch eine Simulation durchgeführt werden müsse.

Weiter fragt Herr Tauber, ob es bzgl. der angesprochenen Schadstoffbelastungen neue Erkenntnisse gebe.

Herr Mollenhauer führt aus, dass die alten Kanalsysteme aus Asbest bestünden. Diese würden beseitigt, die Auftragssumme belaufe sich auf ca. 3.000,-- €

Im Hinblick auf die Probleme mit den Maßnahmen Darfelder Straße und Nottulner Straße bittet Herr Krause darauf zu achten, dass an leistungsfähige Firmen vergeben wird.

Auf Nachfrage von Frau Kratz bestätigt Herr Mollenhauer, dass alle wesentlichen Fragen mit dem Arbeitskreis abgestimmt worden seien.

Herr Messing kündigt an, dass am 28. März 2007 um 19:30 Uhr eine Informationsveranstaltung in der LAWI für alle Eltern der Hauptschüler geplant sei. Bei dieser Veranstaltung werde die Planung und der Bauzeitenplan vorgestellt.

Frau Gaußelmann kommt auf die zeitgleich mit der Einführung des Ganztagsbetriebes ausgefallenen Nachmittagsangebote zurück und teilt mit, dass es inzwischen wieder gute Angebote gebe, wie z. B. ein Krafttraining, ein Berufsvorbereitungskurs, der von der Kreishandwerkerschaft durchgeführt werde u. a.. Von den Eltern seien in letzter Zeit keine weiteren Wünsche vorgetragen worden, so dass es zurzeit mit dem Ganztagsbetrieb gut laufe.

Herr Messing erläutert dann die Planung des Küchen- und Essensbereiches (siehe Anlage 1 zu dieser Niederschrift). Geplant sei ein Schülercafé mit einer ganztägigen (in den Pausen) Ausgabestelle. Die Spülküche werde mit einer Industriespülmaschine ausgestattet. Im Bereich der Essensausgabe seien umfangreiche Gerätschaften für eine Selbstverpflegungsküche vorgesehen. Hierzu würden alle technischen Voraussetzungen geschaffen. Zunächst werde das Essen aber noch angeliefert. Um dieses Essen richtig zu temperieren, werde ein Kombi-Garer angeschafft. Des Weiteren werde eine CNC-Rutsche für die Essensausgabe und Lüftungstechnische Anlagen sowie ein Fettabscheider installiert. Für diese Vollausstattung insbesondere bzgl. der Essenszubereitung würden Kosten in Höhe von 100.000,- bis 120.000,- € entstehen. Für die reine Essensausgabe entstünden Kosten von 60.000,- bis 70.000,- €.

Frau Rawe und Frau Kratz sehen es als Zielsetzung an, dass die Ausgabe von angeliefertem Essen sobald wie möglich durch die Zubereitung in der eigenen Küche ersetzt werden soll.

Herr Dittrich erkundigt sich, welche Anzahl von Essen erforderlich sei, damit die eigene Zubereitung wirtschaftlich ist. Das liege u. a. auch daran, welches Personal eingesetzt werde (Honorarkräfte oder ehrenamtlich Tätige), so Herr Messing. Im Vergleich mit den jetzigen Konditionen der Essenslieferung sei eine eigene Essenszubereitung wirtschaftlich zurzeit nicht möglich.

Herr Messing teilt weiter mit, dass der Computer- und Serverraum in einen anderen neu hergerichteten Raum verlegt werden. Die Kosten für den Computerraum mit 25 PC und durch den Bauhof mit angefertigtem Mobiliar werden ca. 35.000,- € betragen.

2. Antrag des DJK-VFL Billerbeck auf Neubau von zwei Kunstrasenplätzen oder Umbau der Tennenplätze in Kunstrasenplätze

Frau Dirks teilt ergänzend zur Sitzungsvorlage mit, dass dem Sportverein bekannt sei, dass im Haushaltsplan der Stadt Billerbeck keine Mittel für den Neu- bzw. Umbau von Kunstrasenplätzen zur Verfügung stünden und der Verein erhebliche Eigenleistungen zur Finanzierung eines solchen Projektes erbringen müsse.

Frau Kratz verweist ebenfalls auf die angespannte Haushaltssituation der Stadt. Außerdem hätte sie sich gewünscht, dass der Verein Vorschläge unterbreitet hätte, wie er sich einbringen könne oder Alternativen aufgezeigt hätte, wie z. B. zunächst nur der Neu- bzw. Umbau eines Platzes. Des Weiteren seien aufgrund der knappen Haushaltsmittel Prioritäten gesetzt worden, zunächst würden die Schulen saniert und dann werde das Freibad angegangen, so dass sie zurzeit keine Möglichkeit für den Sportverein sehe. Der Antrag sollte an den Verein mit dem Hinweis zurückgegeben werden, dass Finanzierungsvorschläge unterbreitet werden sollen.

Herr Dittrich bittet die Verwaltung um Auskunft über eine evtl. Förder-schädlichkeit.

Herr Mollenhauer teilt mit, dass hierzu noch keine schriftliche Aussage der Bezirksregierung vorliege. Evtl. wäre aber eine Umwandlung förde-runschädlich möglich, weil damals nur ein Tennenplatz gefördert wurde.

Frau Rawe erkundigt sich nach Möglichkeiten für eine erneute Förderung. Herr Mollenhauer weist darauf hin, dass Sportstätten nicht mehr beson-ders gefördert werden. Die Stadt erhalte für alle Sportstätten jedes Jahr pauschal 40.000,-- €.

Dennoch solle sowohl die Stadt als auch der Verein prüfen, ob eine För-derung möglich ist, so Herr Krause.

Auf Einwand von Herrn Tauber, dass doch eigentlich der HFA der zu-ständige Fachausschuss sei, weil sich alles ums Geld drehe, merkt Frau Dirks an, dass es zunächst um die Frage gehe, ob dem Antrag des Ver-eins gefolgt werden solle oder nicht und dieses müsse in diesem Aus-schuss entschieden werden.

Herr Kortmann spricht sich ebenfalls dafür aus, dass der Verein seine Finanzierungsmöglichkeiten prüfen sollte.

Um in diesem Ausschuss über Kunstrasenplätze entscheiden zu können, so Herr Tauber, müssten konkrete Fakten vorliegen. Deshalb müsse der Antrag vom Sportverein nachgebessert werden. Dabei sollte die Verwal-tung eingebunden werden. Danach solle die Angelegenheit wieder vorge-legt werden. Auch müsse geprüft werden, ob die Stadt im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes überhaupt freiwillige Leistungen erbringen dürfe.

Selbst wenn ein Neu- bzw. Umbau genehmigt werden würde, so Herr Krause, seien die Fördertöpfe leer. Es gebe nur zwei Möglichkeiten, dass von außen Geld fließe, nämlich durch den Verein oder eine Förderung. Wenn das nicht gesichert sei, brauchten keine weiteren Überlegungen angestellt werden.

Herr Dittrich erkundigt sich nach dem Hintergrund für die im Antrag des Sportvereins angesprochene Zusammenarbeit mit Rosendahl.

Herr Messing erläutert, dass in Rosendahl die entsprechenden Mittel im Haushaltsplan eingestellt seien. Die Finanzierung sei durch die Gemein-de und den Sportverein gesichert. Die dortigen Plätze seien sehr sanie-rungsbedürftig. Für eine zeitgleiche Abwicklung mit Rosendahl sehe er keine Möglichkeit, weil die Plätze bereits in diesem Jahr erstellt werden.

Herr Tauber weist darauf hin, dass neben den Investitionskosten auch die laufenden Unterhaltungskosten berücksichtigt werden müssten, hier sei-en evtl. Einsparungen durch den Wegfall des Rasenschnittes möglich.

Herr Hövener betont noch einmal, dass die Prioritäten festgesetzt worden seien. Bei den Schulen und im Freibad sei Handlungsbedarf gegeben.

Insofern seien für sicherlich wünschenswerte Kunstrasenplätze keine Handlungsspielräume vorhanden. Wenn ein Finanzierungsvorschlag unterbreitet würde, würde das Projekt aber sicherlich positiv begleitet.

Herr Dittrich fasst zusammen, dass im Ausschuss zwar generell Verständnis für das Anliegen des Sportvereins aufgebracht wird. Es sei aber deutlich geworden, dass die Verwaltung beauftragt werden solle, in Zusammenarbeit mit dem Sportverein über Finanzierungsmodelle nachzudenken.

Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

3. Mitteilungen

3.1. Änderungen der Erlasse zum Ganzttag - Herr Messing

Herr Messing geht auf Änderungen der Erlasse zum Ganzttag in der Grundschule ein.

Wenn eine offene Ganztagsgrundschule vorhanden sei, wolle das Land Parallelangebote wie Schule von 8 – 13 und eine Ferienbetreuung nicht mehr einzeln fördern. Gleichwohl wolle das Land nicht den harten Umstieg, sondern fördere weiterhin zusätzliche Betreuungsangebote. Für diese Betreuungsformen an einer offenen Ganzttagsschule (z. B. Vor- und Übermittagsbetreuung, Silentien) erhalte der Schulträger je offener Ganzttagsschule in Grundschulen eine Betreuungspauschale in Form eines Zuschusses von 5.500,- € . Die bisherige Förderung für das offizielle Angebot Schule von 8 – 13 und die Ferienbetreuung habe 4.750,- € betragen. Er gehe aber davon aus, dass auch diese pauschale Förderung der Betreuungsangebote auf Dauer nicht mehr erfolge.

Eine weitere Änderung ergebe sich im Hinblick auf die Schülerzahl der offenen Ganztagsgrundschule. Bis zum Schuljahr 2008/2009 müsse die Gesamtschülerzahl von 50 erreicht werden. Eine Schule, die mehr als 10% Abweichung von der Schülerzahl habe, müsse dies bei der Bezirksregierung melden, bei einer mehr als 10%-igen Abweichung würden Gespräche erfolgen. Diese Thematik sei mit dem Träger besprochen worden. Zurzeit besuchten 46 Kinder die Ganztagsgrundschule. Aufgrund der Anmeldungen zum neuen Schuljahr könne davon ausgegangen werden, dass 50 Kinder nachgewiesen werden können, so dass diese Thematik die Stadt Billerbeck nicht betreffe.

Auf Nachfrage von Herrn Hövener, was ein Ausstieg aus der Förderung für die Stadt Billerbeck bedeute, führt Herr Messing aus, dass es neben der offenen Ganztagsgrundschule offiziell keine Parallelangebote, wie z. B. Schule von 8 – 13 mehr geben dürfe.

3.2. Änderung des Sitzungskalenders - Herr Messing

Herr Messing teilt mit, dass nach der HFA-Sitzung am 13. März 2007 eine Gesellschafterversammlung der GIWo stattfindet.

4. Anfragen

4.1. Vorlage des überarbeiteten Schulentwicklungsplanes - Frau Kratz

Frau Kratz erkundigt sich, wann der Schulentwicklungsplan vorgelegt werde.

Herr Messing geht davon aus, dass dieser in der nächsten oder übernächsten Sitzung des Schul- und Sportausschusses, auf jeden Fall aber vor den Sommerferien vorgelegt werde.

Herr Tauber bittet darum, sobald als möglich, die Unterlagen hierzu vorzulegen, da eine Woche als Vorbereitung in diesem Fall sehr kurzfristig sei.

Jürgen Dittrich
Ausschussvorsitzender

Birgit Freickmann
Schriftführerin